

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: aallamode@giessen.de

Datum: 25.09.2006

## **Niederschrift**

der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport

am Mittwoch, dem 21.06.2006,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:45 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Herr Jörg Asboe

Herr Jürgen Becker

Frau Karin Bouffier-Pfeffer

Frau Anja-Verena Helmchen

Herr Christoph Zörb

(in Vertretung für Stv. Kräske)

(in Vertretung für Stv. Sator)

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Frau Inge Bietz

Frau Eva Janzen

Herr Frank Walter Schmidt

Herr Mehmet Tanriverdi

(in Vertretung für Stv. Merz)

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Frau Sarah Sánchez Miguel

Frau Dr. Bettina Speiser

(in Vertretung für Stv. Grothe)

#### **Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich **Vorsitzender**

#### **Stadtverordnete der Die Linke-Fraktion:**

Herr Kenneth Pukownick

(in Vertretung für Stv. Sauer)

### **Außerdem:**

Herr Egon Fritz

SPD

(ab 19:19 Uhr)

Frau Gerda Weigel-Greilich

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Janitzki

Die Linke.

(bis 19:55 Uhr)



- |    |  |               |
|----|--|---------------|
| 4. | Errichtung einer Kindertagesstätte im Baugebiet Schlangenzahl<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 - | STV/0135/2006 |
| 5. | Kostenfreies letztes Kindergartenjahr<br>- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 -   | STV/0151/2006 |
| 6. | Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung<br>- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006  | STV/0162/2006 |
| 7. | Sportplätze des Waldstadions<br>- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 -   | STV/0164/2006 |
| 8. | Gießen-Pass<br>- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 14.06.2006 -  | STV/0173/2006 |
| 9. | Verschiedenes  |               |

### **Abwicklung der Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

##### **1. Bürger/-innenfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

##### **2. Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen** **STV/0153/2006**

#### **Antrag:**

Als stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter/-innen für den Jugendhilfeausschuss werden gemäß nachstehender Aufstellung gewählt:

Gemäß § 4 (1) b):

3 Personen, die in der Jugendhilfe sachkundig und erfahren sind. Darunter soll eine Person sein, die die Belange ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner wahrnimmt

sowie eine in der Jugendhilfe erfahrene Frau aus der Mädchenarbeit.

<b>ausl. Vertreter/-in Mädchenarbeit</b>	<b>stimmberechtig. Mitglied</b> Mostafa Farman Ingrid Kaiser Thomas Dörr	<b>Stellvertreter/-in</b> Edin Muharemovic soll nachgereicht werden Diana Schwarz
--	---	--

Gemäß § 4 (1) c):

6 Personen, die von den in der Universitätsstadt Gießen wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen werden. Darunter müssen 3 Vertreter/-innen der Jugendverbände sein; sie können vom Stadtjugendring vorgeschlagen werden.

Träger der freien Jugendhilfe

<b>stimmberechtigtes Mitglied</b> Ute Kroll-Naujoks Bernhard Brantzen Astrid Dietmann-Quurck	<b>Stellvertreter/-in</b> Werner Schäfer-Mohr Gerhard von Niebelschütz Annette Maiwald-Boehm
---	---

Jugendverbände

<b>stimmberechtigtes Mitglied</b> Ralf Volgmann Hans-Jürgen Hoerder Stefanie Paul	<b>Stellvertreter/-in</b> Frank Unger Uwe Schmidt Annke Rinn
--	---

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)

**3. Übergangsregelung für die Ausgestaltung des bedarfsgerechten Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren** **STV/0037/2006**  
**- Antrag des Magistrats vom 06.03.2006 -**

---

**Antrag:**

1. Von der Übergangsregelung gemäß § 24 a Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes für Kinder unter 3 Jahren bis zum Jahre 2010 wird Gebrauch gemacht.
2. Nach derzeitigem Planungsstand für ein bedarfsgerechtes Angebot wird ein Versorgungsgrad von 25 % angenommen. Differenziert nach Jahrgängen werden

7,5 % Versorgungsquote für Kinder von 0 bis unter 1 Jahr, 30 % für Kinder von 1 bis unter 2 Jahren und 37,5 % für Kinder von 2 bis unter 3 Jahren festgelegt.

3. Bis zum Jahre 2010 werden ca. 168 neue Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen, davon ca. 20 % in Tagespflege und 80 % in Einrichtungen. Die jährlichen Ausbaustufen sehen im Schnitt 34 Plätze vor
4. Jährlich ist zum 15. März der aktuelle Bedarf durch die Jugendhilfeplanung zu ermitteln und der erreichte Ausbaustand festzustellen.
5. Für die praktische Umsetzung des Ausbauprogramms und die konkrete Ausbauplanung hinsichtlich der Kindertageseinrichtungen werden der Jugendhilfeausschuss und die Jugendhilfeplanung beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten und die Umsetzung gemeinsam mit den freien Trägern zu planen.
6. Die geschätzten Betriebskosten für 168 Plätze (Ausbauende 2010) belaufen sich pro Haushaltsjahr auf ca. 1,8 Mill. €. Demgegenüber stehen geschätzte Einnahmen durch Elternbeiträge und Landesförderung in Höhe von 350.000,00 €. Der ungefähre Finanzierungsaufwand beläuft sich auf ca. 1,45 Mill. €. Im ersten Jahr der Ausbaustufe 2006 beträgt der Finanzbedarf für 34 Plätze ca. 300.000,00 € und erhöht sich jährlich entsprechend der Anzahl zusätzlich geschaffener Plätze (ca. 8.650,00 € pro Platz).
7. Es wird zur Kenntnis genommen, dass erforderliche Investitionskosten (Umbau, Bau, Einrichtungen) noch nicht beziffert sind.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**4. Errichtung einer Kindertagesstätte im Baugebiet Schlangenzahl** **STV/0135/2006**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -**

---

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, ein Konzept für eine Kindertagesstätte am Schlangenzahl zu erstellen. Folgende Punkte sind bei den Planungen zu berücksichtigen:

1. Die Kindertagesstätte ist grundsätzlich als "Familienhaus" zu konzipieren.
2. Es sollen Plätze für Kinder von Studierenden und ggf. für Kinder von Beschäftigten der Universität bereitgestellt werden.

Zur Planung sollen umgehend Gespräche mit dem Studentenwerk, der Fachhochschule und der Universität aufgenommen werden. Es soll versucht werden, zusätzliche Förderung aus Landes- und Bundesmitteln einzuwerben.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**5. Kostenfreies letztes Kindergartenjahr  
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 -**

**STV/0151/2006**

---

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert:

1. Bis zur Vorlage des Entwurfs des Haushaltes 2007 eine Kostenberechnung vorzulegen, aus der die voraussichtlichen zusätzlichen Kosten für den städtischen Haushalt ab dem Jahr 2007 für den Fall eines kostenlosen letzten Kindergartenjahres ersichtlich sind.
2. Der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig eine Änderung der Gebührensatzung mit der kostenlosen Nutzung der städtischen Kindergärten im Jahr vor der Einschulung in die Grundschule ab dem Jahr 2007 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die notwendigen Mehrkosten im Haushaltsentwurf 2007 zu berücksichtigen.

**Stv. Zippel** begründet für die FW-Fraktion den Antrag und bittet, die Punkte 1. - 3 getrennt abzustimmen.

**Stv. Bouffier-Pfeffer** stellt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP folgenden Änderungsantrag:

*„Die Zahl 2007 wird in Punkt 1. an zwei und in den Punkten 2. und 3. jeweils an einer Stelle durch die Zahl ‚2009‘ ersetzt.“*

**Hierzu verliest sie folgende Begründung:**

*Die Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat in ihrer Vereinbarung über die kommunalpolitische Zusammenarbeit für die Wahlperiode 2006 bis 2011 die Förderung von Familien zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt.*

*Die Koalition und der Magistrat haben deshalb auch bereits die Weichen dafür gestellt, zunächst das Angebot an Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige und Grundschul Kinder auszubauen, weitere Ganztagsangebote einzurichten, die Öffnungszeiten zu flexibilisieren und das Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder inhaltlich weiterzuentwickeln.*

*Die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sind sich weiterhin darüber einig, dass in einen zweiten Schritt ab dem Jahr 2009 das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt wird. Diese Maßnahme erscheint der Koalition in besonderer Weise dazu geeignet, gleichzeitig die Bildungschancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten und/oder mit Migrationshintergrund am Beginn des Bildungsweges zu verbessern die Entscheidung für Kinder zu erleichtern und die Attraktivität Gießens für junge Familien zu erhöhen.*

**Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, fragt, ob denn zwischenzeitlich der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, „14 zusätzliche Stellen für die städtischen Kindertagesstätten sofort zu besetzen“, umgesetzt wurde.

**Oberbürgermeister Haumann** spricht von einem „unqualifizierten Antrag“, weil die Verteilung der Stellen überhaupt nicht festgelegt sei und er verweist, dass das Parlament am Ende der vergangenen Wahlperiode lediglich die Mittel für die 14 Stellen, jedoch nicht die entsprechende Anpassung des Stellenplans beschlossen habe.

Über die Argumentation von Oberbürgermeister Haumann zeigt sich **Stv. Bietz** verwundert: „Es war doch klar, dass bei einem Beschluss, Geld zur Verfügung zu stellen, auch der Stellenplan geändert wird“.

**Stv. Weigel-Greilich** argumentiert, dass die Ausweitung des Stellenplans nach der Maßgabe der Regierungspräsidenten nicht zulässig sei. Priorität genieße für die Koalition der Ausbau der Betreuungsplätze.

**Stv. Bietz** stellt für die SPD-Fraktion folgenden Initiativantrag:

*„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen fordert die Landesregierung auf, die Kosten für das letzte Kindergartenjahr zu übernehmen (wie in Rheinland-Pfalz), notfalls übergangsweise einen Teil der Kosten (wie in Bayern).“*

**Die Begründung lautet wie folgt:**

*Hessen gehört zu den Bundesländern, die gerade im Kitabereich im Vergleich zu anderen Bundesländern erheblich weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Von 1999 bis heute sind die originären Landesmittel für Kinderbetreuung von 59,7 Mio auf 17,3 Mio gekürzt worden. Bayern mit etwa doppelt so vielen Einwohnerinnen und Einwohnern zahlt 500 Mio. und trägt damit 40 Prozent der Kosten für Kinderbetreuung. Rheinland-Pfalz stellt das letzte Kindergartenjahr frei und NRW mit ca. 3 mal so vielen Einwohner/-innen investiert 890 Mio., Hessen umgerechnet pro Einwohner gerade mal 6 % davon. Alle bekannten Studien über Bildungsgänge belegen, dass durch den Besuch eines Kindergartens bestehende Sprachdefizite bei Kindern mit Migrationshintergrund und auch die immer deutlicher werdenden Defizite bei deutschen Kindern vermindert werden können. Wenn Kindertagesstätten nicht nur als Betreuungs-, sondern auch als Bildungseinrichtungen angesehen werden, müsste es eigentlich selbstverständlich sein, dass der Besuch einer Kindertagesstätte ebenso wie der Besuch der Schule kostenfrei ist.“*

Des Weiteren beantragt **Stv. Bietz**, den FW-Antrag (STV/0151/2006) um einen Punkt 4. zu ergänzen:

4. Die im Haushalt 2006 beschlossenen 14 zusätzlichen Stellen für die städtischen Kindertagesstätten sofort zu besetzen, um damit die Qualität im Sinne einer Bildung von Anfang an zu verbessern und an ausgewählten Kindertagesstätten die

*Öffnungszeiten bis in die Abendstunden zu verlängern. Die ebenfalls beschlossenen Mittel für die freien Träger sind diesen zum gleichen Zweck umgehend zur Verfügung zu stellen.*

Auf Nachfrage von Stv. Janitzki antwortet **Stadtrat Dr. Kölb**, dass die Kosten für ein kostenloses letztes Kindergartenjahr auf etwa € 400.000,- geschätzt werden.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Bietz, Tanriverdi, Janitzki, Fritz, Stadtrat Dr. Kölb und Oberbürgermeister Haumann.

**Stv. Zippel** erklärt, **die Worte „ab dem Jahr 2007“** in Punkt 1. **werden gestrichen**. Der Antrag lautet nun wie folgt:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert:*

- 1. Bis zur Vorlage des Entwurfs des Haushaltes 2007 eine Kostenberechnung vorzulegen, aus der die voraussichtlichen zusätzlichen Kosten für den städtischen Haushalt für den Fall eines kostenlosen letzten Kindergartenjahres ersichtlich sind.*
- 2. Der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig eine Änderung der Gebührensatzung mit der kostenlosen Nutzung der städtischen Kindergärten im Jahr vor der Einschulung in die Grundschule ab dem Jahr 2007 zur Beschlussfassung vorzulegen.*
- 3. Die notwendigen Mehrkosten im Haushaltsentwurf 2007 zu berücksichtigen.*

#### **Beratungsergebnis:**

**Vorsitzender** lässt zuerst über den Initiativantrag der SPD-Fraktion abstimmen: *Einstimmig zugestimmt. (Ja: SPD; StE: CDU/GR/FDP/LINKE)*

Als nächstes lässt Vorsitzender über den geänderten Punkt 1. des FW-Antrages abstimmen: *Einstimmig zugestimmt.*

Alternativ wird nun über die Jahreszahlen „2007“ und „2009“ in Punkt 2. des FW-Antrages abgestimmt: Für die Zahl „2007“ stimmen SPD/LINKE (5 Stimmen) und für die Zahl „2009“ stimmen CDU/GR/FDP (8 Stimmen). Somit ist Punkt 2. des FW-Antrages wie folgt geändert:

*„2. Der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig eine Änderung der Gebührensatzung mit der kostenlosen Nutzung der städtischen Kindergärten im Jahr vor der Einschulung in die Grundschule ab dem Jahr **2009** zur Beschlussfassung vorzulegen.“*

Ebenso lässt Vorsitzender alternativ über die Zahlen „2007“ und „2009“ in Punkt 3. des FW-Antrages abstimmen: Für die Zahl „2007“ stimmen SPD/LINKE (5 Stimmen) und für die Zahl „2009“ stimmen CDU/GR/FDP (8 Stimmen).

Somit ist Punkt 3. des FW-Antrages wie folgt geändert:

*„3. Die notwendigen Mehrkosten im Haushaltsplanentwurf 2009 zu berücksichtigen.“*

Als letztes lässt Vorsitzender über den SPD-Änderungsantrag abstimmen, der den FW-Antrag um einen Punkt 4. ergänzen soll: Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

**Der nunmehr geänderte Antrag der FW-Fraktion lautet wie folgt:**

*„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert:*

1. *Bis zur Vorlage des Entwurfs des Haushaltes 2007 eine Kostenberechnung vorzulegen, aus der die voraussichtlichen zusätzlichen Kosten für den städtischen Haushalt für den Fall eines kostenlosen letzten Kindergartenjahres ersichtlich sind.*
2. *Der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig eine Änderung der Gebührensatzung mit der kostenlosen Nutzung der städtischen Kindergärten im Jahr vor der Einschulung in die Grundschule ab dem Jahr 2009 zur Beschlussfassung vorzulegen.*
3. *Die notwendigen Mehrkosten im Haushaltsentwurf 2009 zu berücksichtigen.“*

Der so geänderten Vorlage STV/0151/2006 wird mehrheitlich zugestimmt. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE)

**6. Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung - Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006** **STV/0162/2006**

---

**Antrag:**

Der Ausländerbeirat der Universitätsstadt Gießen erhält ab sofort Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung.

**Oberbürgermeister Haumann** macht zu Beginn der kurzen Diskussion, an der sich die Stv. Schmidt, Bouffier-Pfeffer, Weigel-Greilich, Bietz und Tanriverdi beteiligen, darauf aufmerksam, dass ein Urteil des Gießener Verwaltungsgerichts von 2001 einen solchen Beschluss verbiete.

**Vorsitzender** schlägt vor, dass der vorliegende Antrag zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss, Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Recht, verwiesen wird. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

**Beratungsergebnis:**

Verwiesen an den zuständigen Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss.

**7. Sportplätze des Waldstadions** **STV/0164/2006**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Die dem VFB zur Verfügung stehenden Sportplätze (Waldstadion und dazugehöriger Hartplatz) sind in einem nicht vertretbaren Zustand. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat hier Abhilfe zu schaffen?
2. Der VFB fordert schon seit langer Zeit die Bereitstellung eines Kunstrasenplatzes, der auch im Winter bespielbar ist. Unter welchen Bedingungen kann sich der Magistrat eine Realisierung dieser Forderung vorstellen?

**Stv. Tanriverdi** begründet für die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag.

Nach ausführlicher Diskussion, an der sich die Stv. Tanriverdi, Fritz, Asboe, Bietz, Becker, Bouffier-Pfeffer und Oberbürgermeister Haumann beteiligen, einigt sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, den Antrag, STV/0164/2006, an die Sportkommission zu verweisen. Die Sportkommission solle aufgrund dieses Antrages eine Prioritätenliste erarbeiten, aus der ersichtlich ist, wo dringend Sanierungsmaßnahmen von Sportplätzen erfolgen müssen.

**Beratungsergebnis:** Verwiesen an die Sportkommission.

**8. Gießen-Pass** **STV/0173/2006**  
**- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.06.2006 -**

---

**Antrag:**

1. Um den Empfänger/-innenkreis des Gießen-Passes auszuweiten, wird der Magistrat der Stadt Gießen beauftragt, eine umfassende und zielgruppengerechte Informationskampagne zum Gießen-Pass durchzuführen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Betroffenen potentiellen Nutzerinnen und Nutzer nicht ausschließlich über die Gießener Tageszeitungen informiert werde, sondern weitere Informationswege eröffnet werden. Der Magistrat der Stadt Gießen wird in diesem Zusammenhang beauftragt zu prüfen, inwiefern wohnortnahe Möglichkeiten der Beantragung bzw. Abwicklung des Antragsverfahrens geschaffen werden können.
2. Die Informationskampagne soll den Betroffenen die Möglichkeiten der Beantragung und Inanspruchnahme des Gießen-Passes aufzeigen.

3. Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, das Angebot des Gießen-Passes auszuweiten und zu überprüfen inwiefern das Antragsverfahren vereinfacht werden kann.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Stv. Pukownick, Bietz, Weigel-Greilich und Oberbürgermeister Haumann beteiligen, wird der Antrag in der Beratung erst einmal zurückgestellt, bis der Oberbürgermeister einen Bericht vorlegt, wie sich die Stadt erklärt, dass bisher nur 1600 Gießen-Pässe statt der erwarteten 8000 ausgegeben wurden.

**Beratungsergebnis:**

Bis zur Vorlage eines Berichtes durch den Oberbürgermeister in der Beratung zurückgestellt.

## 9. **Verschiedenes**

---

**Vorsitzender** merkt an, dass er bereits im März vom Leiter der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen ein Schreiben erhalten habe. Man möchte dem Sozialausschuss gerne die Arbeit der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen vorstellen. Er fragt, ob etwas dagegen spreche, dass er für die nächste Sitzung einen dementsprechenden Tagesordnungspunkt vorsehe, damit der Sozialausschuss über die Arbeit der Kontaktstelle informiert werde. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER VORSITZENDE:**

(gez.) Dr. Greilich

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) Allamode